

Dem Massaker folgten Wut, Proteste und Streiks

Im Anschluss an das Massaker in Ankara riefen die Gewerkschaften KESK und DISK, sowie die Berufsverbände TTBB und TMMOB, in der Türkei unter dem Motto: „Alltag stoppen“ zu einem zweitägigen Generalstreik in der kompletten Türkei auf. Folglich fanden in vielen Städten der Türkei Demonstrationen und Streiks statt.

Von Lehrern bis hin zum medizinischem Personal, aber auch Beamte und ein bedeutender Teil der Arbeiter aus der Metallindustrie folgten diesem Aufruf ihrer Gewerkschaften und traten nicht nur in den Generalstreik, sondern forderten Rechenschaft von den Verantwortlichen für dieses Massaker. Nach dem blutigsten Ereignis in der jüngsten Geschichte der Türkei, welches sich am 10. Oktober 2015 ereignete, waren der Schmerz und die Wut der Bevölkerung im gesamten Land zu spüren. Jedoch überwog nicht die Trauer. Die Reaktion der Bevölkerung

zeigte sich vor allem in Form von organisierten Protesten, in denen die klare Forderung ausgesprochen wurde, dass die Verantwortlichen für dieses Massaker zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Während auf der einen Seite die Verstorbenen mit Slogans und Tränen der Angehörigen auf ihrem letzten Weg begleitet wurden, folgten auf der anderen Seite durch den Aufruf von KESK, DISK, TTBB und TMMOB zum Generalstreik in nahezu allen Städten der Türkei Kundgebungen, Proteste und Mahnwachen.

Nicht nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sondern auch die Arbeiter in den Betrieben brachten in den meisten Städten die Produktionsbänder zum Stehen. Vor allem in den Großstädten, wie Istanbul, Izmir und Ankara, waren die Arbeiter zu Zehntausenden auf den Straßen und protestierten, wie aus einem Mund, unter dem Motto: „Wir

trauern, wir rebellieren, wir werden nicht vergessen, wir werden nicht vergeben!“

Wo es Massaker gibt, kann es keinen Unterricht geben

Der Aufruf einiger Gewerkschaften und Berufskammern fand auch Anklang bei der Jugend. Über die gesamte Türkei hinweg, boykottierten Schüler, Studenten, Lehrer und Dozenten über zwei Tage den Unterricht, um ihrem Unmut über dieses Massaker Ausdruck zu verleihen.

Während der zwei Tage, in denen die Schüler nicht in den Unterricht gingen, organisierten sie Foren, bei denen sie gemeinsam über Diskussionen, Flashmobs und Transparente ihren Zorn zu dem geschehenen Massaker zum Ausdruck brachten. An einigen Schulen und Universitäten konnte man auch sehen, wie symbolische Bäume für den Frieden gepflanzt wurden.

Die Chronologie des Massakers

Der Bombenanschlag vom 10. Oktober in Ankara war kein überraschendes Ereignis. Es ist die vorerst letzte Stufe der Gewalt, die durch die AKP Regierung über die Türkei losgetreten wurde. Hier eine Chronologie der politischen Ereignisse die zu dem Terroranschlag in Ankara führten:

- Die Friedensgespräche zwischen der PKK und der türkischen Regierung werden, trotz gegenseitigen Misstrauens und Kritik, bis zu den Parlamentswahlen am 7 Juni fortgeführt.

- Die Schlüsselfrage der Wahlen war, ob die AKP die alleinige Mehrheit im Parlament erlangen könnte. Diesem Ziel stand die HDP, mit ihren Forderungen nach Demokratie und Frieden gemeinsam mit ihren vielfältigen Unterstützern gegenüber. Damit die HDP an der 10 % - Hürde scheitern sollte, wurde eine Hetzkampagne seitens der AKP - Regierung gestartet, die in Angriffen auf mehr als 100 Parteibüros der HDP mündete. Die Parteibüros der HDP in Adana und Mersin wurden bei Bombenangriffen zerstört. Dabei kam glücklicherweise niemand ums Leben.

- Am 5. Juni verloren bei einem Bombenanschlag auf eine Wahlveranstaltung der HDP auf dem Bahnhofsvorplatz in Diyarbakir 4 Menschen ihr Leben.

- Allen Provokationen zum Trotz erlangte die HDP 13,1 % der Stimmen und zog mit 80 Abgeordneten als drittgrößte Fraktion ins Parlament ein. Die AKP verfehlte zum ersten Mal

nach 13 Jahren die absolute Mehrheit.

- Am 20. Juli ereignete sich ein Selbstmordattentat der IS in Suruc an der syrischen Grenze auf eine Gruppe von Jugendlichen, die sich aufgemacht hatten um humanitäre Hilfe in Kobane zu leisten. 34 Menschen starben bei diesem Anschlag.

- Zwei Tage nach dem Attentat in Suruc wurden zwei Polizisten in Sanliurfa ermordet.

- Nach der Ermordung der zwei Polizisten erklärte die AKP Regierung die Friedensgespräche mit der PKK für gescheitert und ordnete militärische Operationen in allen kurdischen Provinzen an. Stellungen der PKK im Irak wurden über mehrere Tage mit Kampfflugzeugen bombardiert.

- In den kurdischen Provinzen nahmen die gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen täglich Soldaten und Guerilla ihr Leben verloren, zu. In den kurdischen Siedlungsgebieten rief die Regierung den Kriegszustand aus. Tagelange Ausgangssperren und die Verhaftung gewählter Bürgermeister wurden zur Regel.

- In den 82 Tagen zwischen dem 20. Juli und dem 10. Oktober kamen laut offiziellen Erklärungen 80 Soldaten, 62 Polizisten, 3 Sicherheitskräfte und 341 PKK Mitglieder um Leben. In der gleichen Zeit verloren 113 Zivilisten, 20 davon Säuglinge und Kinder, in der Region ihr Leben.

- In den westlichen Provinzen der Türkei begann eine nationalistische Hetzjagd gegen die HDP und Kurden. Parteibüros der HDP und Geschäfte und Häuser von Kurden wurden angegriffen und angezündet. Ein Mensch wurde auf offener Straße zu Tode geprügelt weil er kurdisch sprach.

- Die PKK erklärte am 8. Oktober aufgrund der Wahlkampfphase, dass sie sich auf einen Waffenstillstand vorbereite. Nach dem Bombenanschlag am 10. Oktober wolle die PKK auf Waffengewalt verzichten, solange sie nicht angegriffen werden.

- Seit dem die Angriffe in den kurdischen Provinzen am 22. Juli begonnen haben, erstarkte die Friedensbewegung in der gesamten Türkei. Gewerkschaften, Berufsverbände, Intellektuelle und Künstler, Schüler und Studenten forderten in immer größer werdenden Protesten ein Ende der Kriegspolitik der AKP Regierung.

- Am 10. Oktober wurde nach Aufruf von Gewerkschaften und Berufsverbänden in der türkischen Hauptstadt eine Kundgebung veranstaltet, in der zehntausende Menschen das Ende der Waffengewalt, Brüderlichkeit und Frieden forderten. Zwei Selbstmordattentäter, die der IS zugeschrieben werden verübten den blutigsten Bombenanschlag der türkischen Geschichte.

TÜRKEI [aktuell]

ANALYSEN ■ HINTERGRUNDINFORMATIONEN ■ NEWS www.tuerkeiaktuell.wordpress.com OKTOBER 2015

Die Hauptstadt Ankara wurde am 10. Oktober zum Schauplatz des größten Massakers in der Geschichte der Türkei. Bei dem Bombenanschlag auf eine Kundgebung unter dem Motto „Die Waffen sollen schweigen, wir möchten Frieden und Brüderlichkeit“, zu der zahlreiche Gewerkschaften und Berufsverbände aufgerufen hatten, verloren nach offiziellen Zahlen 98 Menschen ihr Leben und Hunderte wurden verletzt, davon 58 schwer. Menschenrechtsorganisationen und die Ärztevereinigung sprechen davon, dass die Zahl der Toten noch höher ist.

Die Regierung erklärte vier Tage nach den Ereignissen, dass die Verantwortlichen für den Anschlag zwei Selbstmordattentäter des Islamischen Staates (IS) seien. Jedoch wurden bei den landesweiten Protesten die AKP-Regierung und der Staatspräsident Erdogan als die politischen Verantwortlichen des Angriffs genannt. Es wurde die Kritik laut, dass die Politik des Krieges und der Gewalt der AKP und Erdogan dieses Massaker hervorgebracht haben. Dass die Regierung, aufgrund ihrer kriegstreiberischen Politik in Syrien, den IS und andere radikal-islamische Organisationen



unterstützt und das Land nach den Regeln des Krieges regiert, indem sie den Lösungs- und Dialogprozess in der Kurdenfrage eingefroren und erneut den Krieg begonnen hat.

Die bei dem Anschlag Gefallenen wurden mit Zeremonien in verschiedenen Städten des Landes unter Beteiligung zehntausender Menschen beigesetzt. Dabei fällt es auf, dass die Polizei gewaltsam Demonstrationen angreift, bei denen die Menschen den Anschlag verurteilen und ihre Forderungen nach Frieden erneut stellen wollten.

Nach dem Massaker ist das gesamte Land in Trauer und Wut. Zahlreiche Ge-

werkschaften und Berufsverbände, Schülerorganisation und politische Organisation, die für Frieden und Demokratie kämpfen, forderten umgehend in Form von Kundgebungen und Demonstrationen den Rücktritt der Regierung und die Aufdeckung der Verantwortlichen.

Die vorgezogenen Wahlen am 1. November zeigen, dass der sich Kampf zwischen Krieg und Frieden, zwischen Demokratie und Diktatur in den kommenden Tagen noch weiter verschärfen wird.

Kämpfen gegen den Krieg und die Kriegspolitik!

Nach dem größten Terrorakt der Geschichte der Türkei traten der Justiz-, Innen- und Gesundheitsminister grinsend vor die Kameras mit den Aussagen „Wir haben die nötigen Vorkehrungen getroffen“ oder „Alles läuft wieder normal“. Sie wollen die Menschen glauben lassen, dass das Massaker trotz aller Sicherheitsvorkehrungen verübt worden sei. Dabei konnten die verantwortlichen Behörden auch mehrere Stunden nach dem Anschlag keine genauen Angaben über die Opferzahl, die Verletzten und über die Vermissten machen.

Mit seiner Aussage „Dies ist keine AKP-Regierung“ versucht Ministerpräsident Davutoglu die Kriegspolitik der AKP zu vertuschen. Davutoglu ging noch weiter und be-

schuldigte die Opfer des Anschlags, die HPD und Demirtas.

Auf der anderen Seite gehorcht die Polizei der Regierung und zerschlägt Massenproteste gegen Erdogan und die AKP und geht mit aller Gewalt gegen Trauermärsche und Beisetzungen vor. Die Regierungstruppen haben ihre Angriffe gegen die PKK, die am Samstag erneut (wieder einseitig) bekräftigte, bis zum Ende der Wahlen die Waffen ruhen zu lassen, verstärkt. In den zentralen Landkreisen Diyarbakirs, Sur und Yenisehir, wurden durch die Regierungstruppen erneut Ausgangssperren verhängt, um erneut Konflikte zu provozieren.

(Fort. S. 2)

Die Kriegspolitik wird nicht ziehen

Folgende Feststellungen können helfen, die Folgen des größten Massakers zu verstehen:

1. Egal welche hinterhältige Organisation dieses Attentat verübt hat, die politische Verantwortung liegt bei der Erdogan-Davutoglu-Regierung, die seit 13 Jahren das Land regiert.

2. Dieser Angriff ging nicht gegen die „Türkei“, „die türkische Nation“ oder „uns alle“! Sie war gerichtet gegen diejenigen, die sich gegen die Erdogan-Davutoglu-Regierung stellen. Gegen eine Regierung, die im Inneren eine „ein Führer, eine Partei“-Politik fährt und nach außen enge Kontakte zu terroristischen Dschihadisten und Islamisten pflegt. Dieser Anschlag ging gegen all diejenigen, die Frieden und Freiheit wollen.

3. Das Attentat in Ankara ist die Fortsetzung der Anschläge in Mersin-Adana, Diyarbakir und Suruc. Daher trägt es die Zeichen des IS. Die Täter sind bekannt und auch die Politik, die die Basis für dieses Attentat geschaf-

#StreikenFürDasLeben
#LegeFürDasLebenDenAlltagStill
Wir streiken vom 12-13 Oktober!



fen hat. Es ist die Erdogan-Davutoglu-Regierung. Das Volk, das nach dem Anschlag auf die Straßen ging und Erdogan und die AKP verantwortlich machte, zeigt, dass es die Wahrheit sieht.

4. Ministerpräsident Davutoglu gab im Konsens mit dem Staatspräsidenten Erdogan bekannt, er werde sich zum Thema „Kampf gegen Terror“ mit Bahceli (MHP) und Kilicdaroglu (CHP) beraten. Mit Demirtas (HDP) käme dies nicht in Frage. Somit werden die über 6 Millionen Menschen, welche die HDP wählten, einfach ignoriert. Dies zeigt die Spaltungspolitik der AKP Regierung.

5. Die Kriegspolitik des Präsidentenpalastes, der Staatsterror und der größte Anschlag in der Geschichte der Türkei werden die Demokratie- und Friedensbewegung in der Türkei nicht einschüchtern. Im Gegenteil, die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte, die Freiheit fordernde Bevölkerung sieht nun die Bedrohung der Erdogan-Davutoglu-Regierung, das Land in syrische Verhältnisse zu drängen. Die aufsteigenden Reaktionen in der ganzen Türkei sind als Vorzeichen zu verstehen.

6. Der zweitägige Streikaufruf der Gewerkschaften DISK und KESK

und der Berufsverbände TMMOB und TTB ist sehr wichtig, um den Anschlag zu verurteilen. All jene, die Heimat- und Menschenliebe, Frieden und Brüderlichkeit fordern und in ihren Herzen tragen, müssen diesen Protest nach bestem Wissen und Gewissen unterstützen. Die AKP-nahen Gewerkschaftsdachverbände Türk-Is, Hak-Is und Memur Sen unterstützen den Streikaufruf nicht. Selbst die TÜ-SIAD (Vereinigung türkischer Geschäftsleute) hat den Anschlag verurteilt. Mit ihrer Positionierung werden sie nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für die gesamte Arbeiterklasse und für alle Völker dieser Erde, als Helfershelfer der Attentäter, des IS und deren Hintermänner gelten. Es ist zu wünschen, dass die Mitglieder sich, trotz der Haltung ihrer Gewerkschaftsführung, gegen den Anschlag und gegen den Krieg stellen werden. Die Völker der Türkei sind gegen den Krieg, gegen die Kriegspolitik der Regierung und des Präsidentenpalastes und gegen den brutalen Anschlag in Ankara. Wir müssen ihnen nur die Wahrheit erzählen und ihnen ermöglichen, eine Position einzunehmen.

IHSAN CARALAN
(Evrensel-Tageszeitung)

„Der Turbostaat Türkei“, „Die Türkei: China Europas“, „Land mit boomender Wirtschaft. und strotzendem Selbstbewusstsein. In den letzten Jahren sparen die Medien in Deutschland nicht mit Lob in ihrer Berichterstattung über die Türkei. Die mediale Euphorie macht allerdings keineswegs Halt vor den wirtschaftlichen Entwicklungen.“

Auch politisch, insbesondere außenpolitisch wird der Türkei eine wachsende Rolle attestiert. Danach gibt es an der türkischen Demokratie nichts auszusetzen und auch in der kurdischen Frage steht man unmittelbar vor der Lösung. Ein Land, das Westeuropa eine „Brücke in die islamische Welt“ nennt; eine „neo-osmanisch ausgerichtete Regionalmacht“, die für die Länder im Nahen Osten als Modell angepriesen wird... Kurzum: Die Türkei ist der aufsteigende Stern am orientalischen Himmel.

TÜRKEI[aktuell] möchte dazu beitragen, an diesem in Europa herrschenden Türkei-Image zu kratzen. Mit Analysen, Hintergrundinfos sowie aktuellen Berichten und Interviews wird unser Newsletter das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Rückseite der Medaille zu richten versuchen. Dossiers zu wirtschafts-, innen- und außenpolitischen Themen sollen Interessierte in der Bundesrepublik bei ihrer Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit unterstützen.

ABONNIEREN SIE UNSEREN NEWSLETTER! Schicken Sie eine Mail an info@tuerkei-aktuell.info

[Impressum]
DIDF

Hannemann Str. 17-21
50825 Köln
Tel: 0221 9255493
www.didf.de
E Mail: didf@didf.de

Bericht der Delegation Die Lebensgrundlagen der kurdischen Bevölkerung systematisch vom türkischen Militär vernichtet

Vom 4.-7. Oktober waren Parlamentarier*innen, Journalist*innen und Gewerkschafter*innen aus Deutschland, den Niederlanden und Österreich in der Türkei. Eine Beobachtungsdelegation von insgesamt 14 Perso-

Aus aktuellem Anlass haben sich Menschen aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden auf den Weg nach Diyarbakir, Cizre, Nusaybin, Silvan und Mardin gemacht. Der aktuelle Anlass sind die Übergriffe der türkischen Polizei- und Militärkräfte, der Verhängung von Ausnahmezuständen, durch die kurdische Bevölkerung massiv betroffen ist. In Nusaybin ist die Bevölkerung mit 160.000 Einwohnern ganz aktuell von Ausgangssperren und Bedrohung durch Scharfschützen und Bombenangriffen betroffen. Vor Nusaybin hatten sich Parlamentarier*innen, Ärzte, Anwälte und Menschen aus der Umgebung zu einer Sitzblockade versammelt. Wir, die Friedensdelegation, haben uns mit den Blockierenden und den Einwohner*innen der bedrängten Stadt solidarisiert.

Eine halbe Stunde nachdem wir unter militärischer Begleitung durch eine tote Stadt gefahren waren, wurde diese Stadt erneut bombardiert. In Cizre, die Stadt die zuvor zehn Tage belagert worden war, begegneten wir einer Mutter, die ihre zwölfjährige Tochter verloren hatte. Da sie ihr Kind nicht beerdigen konnte, musste sie es in einer Kühltruhe aufbewahren, bis die Ambulanz das Kind endlich nach Intervention der Stadtverordneten abholte. In Cizre wie auch in anderen Regionen wurden und werden die Lebensgrundlagen der kurdischen Bevölkerung systematisch vom türkischen Militär vernichtet, wie die Wasserversorgung, der Zugang zu Strom und Elektrizität, zu Wasser und Lebensmitteln. Im Krankenhaus von Cizre war nur noch ein Arzt und auch er war eingeschlossen,

nen hat die kurdischen Städte besichtigt, in denen sich die größten Konflikte ereigneten. Die Delegation hat nach der Besichtigung eine Presseerklärung durchgeführt und dabei ihre Eindrücke mitgeteilt.

Verletzte hatten keinen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Der Ausnahmezustand wurde von der Erdogan-Regierung illegal ohne Zustimmung des Parlaments angeordnet. Solche Ausnahmezustände können nach der türkischen Verfassung nicht ohne Zustimmung des Parlaments durchgeführt werden. Aber was stört Erdogan die Demokratie? Die Delegation war dem Aufruf des Friedensblocks gefolgt, um unsere Solidarität zu bekunden und uns gemeinsam für Frieden in der Region einzusetzen.

Inge Höger MdB, DIE LINKE
Düzgün Altun, DİDF
Angelika Claussen, IPPNW
Ursula Schwamm-Garling,
Bundesausschuss Friedensratschlag

Erklärung der EMEP

Bei dem Bombenanschlag auf der Friedensdemonstration sind 16 Mitglieder der Partei der Arbeit (EMEP) ums Leben gekommen und 70 Mitglieder wurden verletzt. EMEP ist eins der Kräfte, die die Friedensbewegung, die Demokratiebewegung und den Kampf für die Freiheit in der Türkei aktiv vorantreibt. Hiermit teilen wir die erste Erklärung, die die Partei nach dem Anschlag veröffentlicht hat:

Wir rufen unsere Bevölkerung dazu auf, sich mit all ihrer Kraft gegen faschistische Angriffe und Provokationen zu stellen! Der Bombenanschlag auf die Friedensdemonstration, zu der die Gewerkschaften DISK, KESK und die Berufsverbände TMMOB und TTB aufgerufen hatten, war ein Angriff auf die Forderungen der Arbeiter nach Frieden, Demokratie und Freiheit. Es war ein Angriff auf all jene, die aus allen Teilen der Türkei angereist waren, um friedlich gegen den Krieg und für den Frieden einzustehen.

Die Verantwortlichen für dieses Massaker sind die Kriegsverwaltung und die Palastmacht, die seit geraumer Zeit im Land ein Blutbad verrichten. Die Regierung und ihre Verbündeten

haben bisher alles Erdenkliche getan, um in Syrien einen Krieg anzufangen. Die Türkei wird Schritt für Schritt in den Sumpf des Nahen Osten gezogen. Mit diesem Angriff wurde die Forderung der Arbeiter nach Frieden zur Zielscheibe gemacht. Mit dem gleichen Szenario wurde bereits bei den Anschlägen in Diyarbakir und Suruc versucht, die Bevölkerung mit Terror und Angst einzuschüchtern, um politische Interessen durchzusetzen. In kurdischen Städten werden nach und nach Ausgangssperren verhängt und die Bevölkerung beschossen. Das Ziel derjenigen, die diese Städte in ein Blutbad verwandeln, ist es die Demokratie- und Friedensbewegung zurückzudrängen, den Wunsch unserer Bevölkerung, gleichberechtigt und frei zu leben, in Blut zu ertränken und Ängste in der Bevölkerung schüren, um ihre menschenverachtende Politik um jeden Preis weiterzuführen. Diese Angriffe werden uns nicht zurückhalten und wir werden uns nicht provozieren lassen. Als die Partei der Arbeit, EMEP, verurteilen wir das Massaker auf der Friedensdemonstration aufs Schärfste und rufen unsere gesamte Bevölkerung dazu auf, sich für ihre Zukunft einzusetzen und mit all ihrer Kraft gegen diese faschistischen Angriffe und Provokationen zu kämpfen.

Die PKK hingegen hat energischen Protest gegen die Haltung der AKP-Regierung in Bezug auf ihre Kobane-Politik eingelegt, weil sie damit die Grundlagen für ein Pogrom an den Kurden durch den IS vorbereitet hat, so dass die PKK deshalb ihre zuvor aus der Türkei abgezogenen bewaffneten Kräfte wieder zurück in die Türkei schicken werde.

In den folgenden drei Monaten zu Zeiten des Kobane-Widerstands kam es in verschiedenen Städten zu Gefechten zwischen türkischen Sicherheitskräften und bewaffneten PKK-Anhängern.

Auch in diesem Moment schaltete sich PKK-Führer Öcalan ein. Im Anschluss an das Gespräch am 28. Februar 2015 unter Teilnahme von Öcalan mit AKP-Regierungsvertretern und Imrali-Ausschussmitgliedern, bestehend aus Abgeordneten der HDP, wurde zum ersten Mal vor aller Öffentlichkeit in den Räumen des historischen Dolmabahçe-Palasts unter Anwesenheit vier hochrangiger AKP-Regierungsvertreter und drei Vertretern aus Abgeordneten der HDP die sog. "Dolmabahçe-Versöhnung", eine neue Deklaration für den Frieden und die Lösung des Kurdenkonflikts, bekanntgegeben. Diese Deklaration beinhaltete die von Öcalan ausgearbeiteten und auch von der AKP-Regierungspartei akzeptierten 10 Punkte zur Versöhnung und Beilegung des Konflikts, so dass im Gegenzug der Realisierung der demokratischen und politischen Forderungen der PKK, welche Bestandteil dieser 10 Punkte sind, seitens der AKP-Regierung die PKK den bewaffneten Kampf endgültig einstellen und für beendet erklären und hierfür einen außerordentlichen Kongress/Parteitag einberufen wird.

In den folgenden Tagen hat die AKP-Regierung anstatt die aus der gemeinsam unterzeichneten Deklaration betreffenden Punkte zu realisieren, nicht gehandelt und tatenlos zugeschaut. Erdogan, seit August 2014 Staatspräsident, schaltete die Regierung praktisch aus und lieferte bis zu den Parlamentswahlen eine Kampagne gegen die HDP und den Friedensprozess, obwohl laut der Verfassung der Türkei der Staatspräsident keine Parteipolitik betreiben und ferner keine Wahlpropaganda durchführen darf. Nachdem jedoch trotz aller Anstrengungen Erdogans und der AKP gegen die HDP diese den Einzug in das türkische Parlament mit 13,12% der Stimmen und 80 Abgeordneten bei einer 10%-Wahlhürde geschafft hat und nur durch den Einzug der HDP in das türkische Parlament die alleinige Regierungsherrschaft der AKP gekippt wurde, so dass der Wunsch Erdogans nach einer Änderung der Verfassung zu einem Präsidialsystem, die durch seine AKP-Regierung hätte vollzogen werden, erklärte Erdogan, dass in der Türkei ein Kurdenproblem nicht existieren würde, die "Dolmabahçe-Versöhnung" er nicht an-



erkennen und akzeptieren würde. Den Friedensprozess erklärte er für beendet und erklärte, dass statt einem Dialogprozess mit der PKK von nun an wieder ein bewaffneter Kampf gegen die PKK beginnen werde.

Im vergangenen Juli ereignete sich im Bezirk Suruc in der Stadt Sanliurfa während einer Versammlung ein dem IS zugeschriebener Selbstmordanschlag, der 32 Jugendlichen das Leben kostete, die zuvor aus allen Teilen der Türkei Spielzeuge für die Kinder in Kobane gesammelt hatten und am Wiederaufbau Kobane's mithelfen wollten. Dieser Anschlag sorgte in aller Öffentlichkeit in der ganzen Türkei für Empörung. Die PKK erklärte, dass dieser Anschlag eine Fortsetzung zur Beendigung des Friedensprozesses der AKP-Regierung darstelle und sie selbst von nun an wieder den bewaffneten Widerstand aufnehmen werde. Die im Anschluss an das Massaker von Suruc ermordeten zwei Polizisten wurden für großangelegte militärische Angriffe gegen die PKK in der Türkei und im Irak als Anlass genommen, so dass seit dem 23. Juli die PKK-Lager im Norden Iraks kontinuierlich bombardiert werden, in den Städten und Bezirken, in denen die Population der Kurden hoch ist und in denen die HDP hohe Stimmanteile erzielen konnte, täglich militärische Operationen seitens der türkischen Streitkräfte und Inhaftierungen gegen die Bevölkerung unternommen werden.

Seit Beginn der Operationen haben etwa bis zu 100 Soldaten und Polizisten ihr Leben verloren und nach offiziellen Angaben der türkischen Sicherheitskräfte, welche von unabhängigen Beobachtern bisher unbestätigt sind, haben innerhalb irakischen und türkischen Raums im Rahmen der geführten Operationen etwa 600 PKK-Militanten ihr Leben verloren. Nach der Intensivierung der Operationen und Gefechte der türkischen Streitkräfte hat die PKK in vielen Städten und Bezirken in der Türkei die Selbstverwaltung ausgerufen und mitgeteilt, dass sie die Institutionen des türkischen Staates nicht anerkennt. Sie hat die Bevölkerung dazu aufgerufen, ihre eigenen juristischen, politischen und militärischen Institutionen aufzubauen.

Nach den Informationen von Menschenrechtsorganisationen sind in den 28 Kämpfen und bewaffneten Auseinandersetzungen, 78 Zivilisten umgebracht wurden. Im gleichen Zeitraum wurden 1628 Personen unter anderem auch gewählte PolitikerInnen und Bürgermeister von der HDP in Untersuchungshaft genommen und von den sitzen 298 immer noch in den Gefängnissen.

Für den Erfolg des "Bündnisses für den Frieden"



Staatspräsident Erdoğan und die bei den Wahlen vom 7. Juni gestürzte AKP-Regierung wollen das Land regieren, indem sie es in eine Art "Kriegszustand" treiben. Sie planen, eine eventuelle Regierungskoalition unter diesen Bedingungen zu bilden und im Falle des Scheiterns der diesbezüglichen Bemühungen Neuwahlen auszurufen. Denn sie glauben, die Ängste der Bevölkerung auf diesem Wege instrumentalisieren und die Menschen um sich scharen zu können. Ferner rechnen sie damit, die Bevölkerung in einem Land des "Kriegszustands" im Hinblick auf Korruptionsvorwürfe und die gescheiterte Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik vor vollendete Tatsachen stellen zu können. Darüber hinaus verstärken die USA unter dem Vorwand der Bekämpfung des IS ihre Militärpräsenz in der Region. Damit sie in politischer und diplomatischer Hinsicht auch weiterhin als "Retter der Völker" auftreten können, wünschen sie sich, dass in unserem Land die Kriegstromele stärker gerührt werden.

Wenn wir uns näher anschauen, was im Wahlkampf und danach passierte, stellen wir folgendes Fest:

- 1- Die Absicht des Staatspräsidenten Erdoğan und der AKP wurde offensichtlich.
- 2- Kobani und Tal Abyad wurden vom

IS befreit und entlang der türkisch-syrischen Grenze wurde eine neue Führung unter kurdischer Kontrolle eingerichtet.

3- Angesichts dieser Entwicklungen wurden türkische Armeeeinheiten "in Verteidigungsbereitschaft" gebracht und die Kriegsvorbereitungen intensiviert.

4- Die USA und andere westliche Imperialisten starteten neue Initiativen, um ihre Präsenz in der Region nachhaltig zu gestalten. Zu diesem Zweck führten sie Gespräche mit der Türkei, um ihre militärischen Beziehungen zu ihr zu vertiefen.

All dies macht für die Demokratiekräfte in der Türkei unabdingbar, dass sie sich neu positionieren. In den letzten Wochen liefen in diesem Zusammenhang verschiedene Initiativen, die nun mit der Gründung des "Bündnisses für den Frieden" abgeschlossen wurden. Die Kräfte in der Türkei, die sich für den Frieden, die Demokratie und Freiheiten einsetzen, die für die Brüderlichkeit der Völker in unserem Land und in der Region kämpfen, haben sich zu diesem Bündnis zusammengeschlossen. Dazu gehören viele politische Parteien und Gruppierungen, Gewerkschaften wie die DISK und KESK sowie Berufsverbände, dutzende Massenorganisationen, zahlreiche Abgeordnete und Intellektuelle.

Zweifellos zeigen heute breite Bevölkerungsteile bei jedem Anlass, dass sie für den Frieden und die Demokratisierung des Landes sind. Dagegen sind nur der Staatspräsident Erdoğan und manche marginalen, rassistisch-chauvinistischen Kreise sowie einige Cliques in den Reihen des Großkapi-

tals.

Die Bildung einer solchen breiten "Front" ist für die Türkei nichts Neues. Eine solche breite Front hatte sich auch Anfang 2003 gebildet. Damals hatte die AKP-Regierung einen Antrag gestellt, in dem das Parlament aufgefordert wurde, das Mandat für die Entsendung von türkischen Truppen in den Irak zu erteilen. Das Parlament verweigerte am 1. März 2003 die Zustimmung zum Antrag. Man versuchte die Kriegsgegner mit den Worten zu verunglimpfen: "Linke und Models haben sich zusammengetan, um die Mandatserteilung zu verhindern." Dieser Satz allein zeigt, wie breit die Antikriegsfront damals aufgestellt war. Heute kann das "Bündnis für den Frieden" auf die Erfahrung von damals aufbauen und besitzt auch eine mehr oder weniger herausgearbeitete Strategie. Deshalb hat es auch die Möglichkeit, mehr bewirken zu können als die "Antikriegsfront" im März 2003. Dafür muss lediglich verhindert werden, dass Krankheiten wie Vorurteile, Sektierertum, Egozentrismus usw. chronisch werden und die Arbeitsfähigkeit lähmen.

Zudem muss man sehen, welche neuen Möglichkeiten der Wahlausgang einerseits und der Kampf der Metallarbeiter andererseits eröffnet haben. Die Arbeiterbewegung wird nach wenigen Schritten so weit sein, dass sie auch politische Forderungen (also Fragen des Friedens und Kriegs) stellen werden. In diesem Sinne kann man voraussagen, dass das "Bündnis für den Frieden" heute viel breiter, einflussreicher und funktionaler sein kann, als in der Vergangenheit.

Eine Chronologie des sogenannten Friedensprozesses



Die zwischen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und den türkischen Streitkräften im Jahre 1984 begonnenen Gefechte haben seitdem bis zum Jahre 2012 mindestens 40.000 Menschen das Leben gekostet. 2012 haben zwischen dem türkischen Staat und der PKK unter Vorsitz ihres im türkischen Gefängnis inhaftierten Abdullah Öcalan die Dialoggespräche zur friedlichen Lösung des Kurdenkonflikts begonnen.

In diesem als "Lösungsprozess" bezeichneten Zeitraum haben zwischen den von der Regierungspartei AKP beauftragten Bürokraten und Vertretern der Demokratischen Partei der Völker (HDP) viele Gespräche stattgefunden.

In einem bestimmten Stadium der Gespräche wurde bei den großen Newroz-Feierlichkeiten am 21. März 2013 in Diyarbakir der Brief des inhaftierten Führers der PKK, Abdullah Öcalan vorgelesen. Öcalan hat in seinem Brief der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass die PKK ihre bewaffneten Kräfte aus türkischem Territorium abziehen und den bewaffneten Kampf beenden werde, so dass der Kampf von nun an auf politischer Ebene weitergeführt wird. Die PKK gab daraufhin bekannt, dass sie den Vorschlägen und Anweisungen ihres inhaftierten Vorsitzenden folgen und ihre Truppen aus türkischem Territorium abziehen wird. Damit der Waffenstillstand zwischen dem türkischen Staat und den bewaffneten kurdischen Kräften der PKK dauerhaft etabliert und der bewaffnete Kampf ein für allemal beendet wird, sollte die AKP-Regierung in den mit Abdullah Öcalan vereinbarten Punkten (die verfassungsmäßige Sicherstellung



der demokratischen Rechte des kurdischen Volkes) konkrete Schritte unternehmen.

Zur gesetzlichen Sicherstellung der zwischen dem türkischen Staat und der PKK geführten Dialoggespräche, welche zur Anerkennung der demokratischen Rechte und Forderungen des kurdischen Volkes und zur anschließenden Beendigung des bewaffneten Kampfes seitens der PKK führen soll, wurde im Juli 2014 ein Gesetz zur "Beendigung des Terrors und der Verstärkung der gesellschaftlichen Einheit" verabschiedet.

Zur Verstärkung und Ausweitung der politischen Verhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK wurde ein "Ausschuss der Weisen" bestehend aus bekannten und von breiten Schichten der Bevölkerung anerkannten Intellektuellen, Künstlern, Akademikern und Politikern ins Leben gerufen. Die Aufgabe dieses aus 63 Personen bestehenden Ausschusses bestand hauptsächlich darin, den zwischen dem türkischen Staat und der PKK geführten Friedensprozess unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in allen Landesteilen der Türkei näherzubringen und ihre Unterstützung für diesen Friedensprozess zu gewinnen.

Im Mai 2013 hat der "Ausschuss der Weisen" ihre Arbeiten zu einem Bericht zusammengefasst, diesen dem damaligen AKP-Regierungspräsidenten Erdogan ausgehändigt und ihn der Öffentlichkeit mitgeteilt. Zeitgleich haben die bewaffneten kurdischen Kräfte das türkische Territorium in Richtung Irak verlassen.

Die Öffentlichkeit hat im Zuge der Räumung des türkischen Territoriums seitens der bewaffneten Kräfte der PKK von der AKP-Regierung die versprochenen konkreten Schritte und Unternehmungen erwartet. Im Oktober 2013 hat der damalige AKP-Regierungspräsident Erdogan

unter der Bezeichnung "Demokratisierungspaket" seine konkreten Vorstellungen und Schritte im Zuge des Friedensprozesses der Öffentlichkeit mitgeteilt. Dieser beinhaltet Erneuerungen wie den Unterricht in den Schulen in unterschiedlichen Sprachen, die Herabsetzung der 10%-Hürde bei den Parlamentswahlen, die Vergebung der Originalnamen von kurdischen Dörfern, die zuvor gewaltsam mit türkischen Namen umbenannt wurden, die Legalisierung der Benutzung von zuvor verbotenen Buchstaben wie "x, w, q", welche im Türkischen Alphabet der Türkei nicht existieren (in anderen Alphabeten der Türkisch-Sprachen, wie bspw. im Aserbaidzhanischen, existieren diese Buchstaben durchaus). Das Fehlen der Forderungen des kurdischen Volkes nach kollektiven, demokratischen und politischen Rechten im "Demokratisierungspaket", in Bezug darauf das Fehlen der verfassungsmäßigen Sicherstellung der Forderungen des kurdischen Volkes und zu guter Letzt die Wahrnehmung, dass die Gespräche seitens des türkischen Staates mit Öcalan nicht wie erwartet in einer fortgeschritteneren Phase fortgeführt werden, wurde in der öffentlichen Meinung besorgniserregend aufgenommen. Damit der Friedensprozess unversehr weiterverläuft, forderte die PKK, dass die zwischen dem türkischen Staat und Öcalan geführten und zu führenden Verhandlungsgespräche durch entsprechende gesetzlichen Bestimmungen abgesichert und diese Verhandlungsgespräche durch eine dritte unparteiische Kraft mitverfolgt werden, da bis dahin die Gespräche inoffiziell und ohne eine gesetzliche Grundlage geführt wurden.

Im August 2014 führte der Staatssekretär Hakan Fidan vom türkischen Nachrichtendienst (MIT, nationaler Sicherheitsdienst) ein offizielles Gespräch mit Öcalan. Die AKP-Regierung gab hierauf bekannt, dass sie auch mit dem Zentralkomitee der PKK in den Kandil-Bergen im Irak offizielle Gespräche führen könnte. Auch die HDP, die Partei der Demokratischen Völker, forderte, dass die mit Öcalan geführten Gespräche offiziellen Charakter erlangen und eine gesetzliche Grundlage erhalten sollen, so dass diese gesetzlich abgesichert sind und ein unparteiischer Ausschuss den Friedensprozess mitbegleitend beobachten sollte.

Als die Terrororganisation ISIS (Islamischer Staat im Irak und in Syrien) ihre Angriffe in Syrien und im Norden Iraks intensiviert und hiergegen die der PKK nahestehende PYD (Partei der Demokratischen Union) in Syrien heftigen Widerstand leistete, gab der türkische Staat auf den Widerstand der PYD ihr Unbehagen bekannt und erklärte die PYD zu einer Terrororganisation. Ferner hat sie den in der Türkei und im Irak lebenden Kurden tagelang den Zugang zum umkämpften Gebiet Kobane in Syrien verweigert, damit sie der PYD im Kampf gegen den IS helfen konnten.

Im Zuge dessen haben allen voran in den kurdischen Gebieten und in den Großstädten der Türkei Massenproteste und Großdemonstrationen unter Beteiligung Hunderttausender stattgefunden, bei denen es durch gewaltige Konflikte unter Teilnahme von staatlichen Sicherheitskräften und islamistischen Gruppen gegen die bewaffneten Kämpfer der PKK 40 Zivilisten ums Leben gekommen sind. Unter dem Druck durch die Proteste in der Türkei und durch die internationale Aufmerksamkeit hat die türkische AKP-Regierung den Zutritt für die kurdischen Militärkräfte durch ihr Territorium nach Syrien stattfinden lassen.

Sowohl das Hindern der Hilfeversuche an die irakischen und syrischen Kurden durch die AKP-Regierung als auch die Einstufung der PYD als eine Terrororganisation, die gefährlicher als der IS sein soll, haben unter den in der Türkei lebenden Kurden für Verärgerung und Empörung gesorgt, so dass sich bei ihnen die Skepsis gegenüber den Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK verbreitet hat.

Als die Lage zu eskalieren begann, schaltete sich der inhaftierte Führer der PKK, Abdullah Öcalan, ein und sorgte für eine Deeskalation auf der Seite der Massendemonstranten und forderte im Gegenzug dafür die AKP-Regierung dazu auf, die während der Friedensverhandlungen eingestandenen Versprechungen binnen eines Monats zu realisieren. Die AKP-Regierung hingegen beschuldigte die Kurden und die PKK, die Friedensverhandlungen durch die Solidaritätsaktionen mit Kobane sabotiert und diese zum Scheitern gebracht zu haben. Im Zuge dessen hat sie mit Masseneinhaftungen an Menschen begonnen, die sich an den Solidaritätsaktionen mit Kobane beteiligt hatten.

Als die Lage zu eskalieren begann, schaltete sich der inhaftierte Führer der PKK, Abdullah Öcalan, ein und sorgte für eine Deeskalation auf der Seite der Massendemonstranten und forderte im Gegenzug dafür die AKP-Regierung dazu auf, die während der Friedensverhandlungen eingestandenen Versprechungen binnen eines Monats zu realisieren. Die AKP-Regierung hingegen beschuldigte die Kurden und die PKK, die Friedensverhandlungen durch die Solidaritätsaktionen mit Kobane sabotiert und diese zum Scheitern gebracht zu haben. Im Zuge dessen hat sie mit Masseneinhaftungen an Menschen begonnen, die sich an den Solidaritätsaktionen mit Kobane beteiligt hatten.



Als die Terrororganisation ISIS (Islamischer Staat im Irak und in Syrien) ihre Angriffe in Syrien und im Norden Iraks intensiviert und hiergegen die der PKK nahestehende PYD (Partei der Demokratischen Union) in Syrien heftigen Widerstand leistete, gab der türkische Staat auf den Widerstand der PYD ihr Unbehagen bekannt und erklärte die PYD zu einer Terrororganisation. Ferner hat sie den in der Türkei und im Irak lebenden Kurden tagelang den Zugang zum umkämpften Gebiet Kobane in Syrien verweigert, damit sie der PYD im Kampf gegen den IS helfen konnten.

Im Zuge dessen haben allen voran in den kurdischen Gebieten und in den Großstädten der Türkei Massenproteste und Großdemonstrationen unter Beteiligung Hunderttausender stattgefunden, bei denen es durch gewaltige Konflikte unter Teilnahme von staatlichen Sicherheitskräften und islamistischen Gruppen gegen die bewaffneten Kämpfer der PKK 40 Zivilisten ums Leben gekommen sind. Unter dem Druck durch die Proteste in der Türkei und durch die internationale Aufmerksamkeit hat die türkische AKP-Regierung den Zutritt für die kurdischen Militärkräfte durch ihr Territorium nach Syrien stattfinden lassen.

Sowohl das Hindern der Hilfeversuche an die irakischen und syrischen Kurden durch die AKP-Regierung als auch die Einstufung der PYD als eine Terrororganisation, die gefährlicher als der IS sein soll, haben unter den in der Türkei lebenden Kurden für Verärgerung und Empörung gesorgt, so dass sich bei ihnen die Skepsis gegenüber den Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK verbreitet hat.

Als die Lage zu eskalieren begann, schaltete sich der inhaftierte Führer der PKK, Abdullah Öcalan, ein und sorgte für eine Deeskalation auf der Seite der Massendemonstranten und forderte im Gegenzug dafür die AKP-Regierung dazu auf, die während der Friedensverhandlungen eingestandenen Versprechungen binnen eines Monats zu realisieren. Die AKP-Regierung hingegen beschuldigte die Kurden und die PKK, die Friedensverhandlungen durch die Solidaritätsaktionen mit Kobane sabotiert und diese zum Scheitern gebracht zu haben. Im Zuge dessen hat sie mit Masseneinhaftungen an Menschen begonnen, die sich an den Solidaritätsaktionen mit Kobane beteiligt hatten.